

Angenommene Anträge

Antrag A-1: „Mumia Abu-Jamal“

Antragstellerin: Annette Groth

Der Landesparteitag Baden-Württemberg der LINKEN unterstützt den aktuellen Antrag der Bundestagsfraktion zur Rettung von Mumia Abu-Jamal vor der Todesstrafe und ruft dazu auf, dies durch Aktionen zu unterstützen.

Antrag A-2: „Kein Sprengplatz auf dem Heuberg!“

Antragsteller: KV Zollernalb, Frederico Elwing, Claudia Haydt, LAG Frieden

DIE LINKE Baden-Württemberg lehnt den größten und modernsten Sprengplatz Europas auf dem Truppenübungsplatz Heuberg bei Albstadt auf der Schwäbischen Alb ab und unterstützt den Kreisverband Zollernalb und das Aktionsbündnis „Freier Heuberg“ bei ihren Aktivitäten gegen den Sprengplatz.

Antrag A-3: „Protest gegen Nazi-Aufmarsch in Dresden“

Antragsteller: Reinhard Neudörfer, Dirk Spöri, Daniel Behrens

DIE LINKE Baden-Württemberg unterstützt den Protest eines breiten Bündnisses gegen den geplanten Nazi-Aufmarsch am 13. Februar 2010 in Dresden. Mitglieder und Sympathisanten sind aufgerufen, sich gemeinsam mit Linksjugend solid und Die Linke.SDS an Mobilisierung und Protest zu beteiligen.

Antrag B-1: „Leiharbeit muss verboten werden“

Antragsteller: KV Ravensburg

Der Landesparteitag begrüßt die Entschlossenheit der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, sich für ein Verbot der Leiharbeit einzusetzen. Ohne Vorgriff auf ein noch zu erarbeitendes Landeswahlprogramm unterstreicht er die Notwendigkeit gleichermaßen unmissverständlicher Positionierung der LINKEN Baden-Württemberg mit der Forderung nach Abschaffung prekärer Beschäftigung im Land einschließlich eines Verbots von Leiharbeit. Dabei ist klarzustellen, dass das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in der Leiharbeit ab dem ersten Arbeitstag und eine Begrenzung der Entleihe von Beschäftigten an ein Unternehmen auf maximal sechs Monate allenfalls Zwischenschritte auf dem Weg zu einem Verbot dieser Beschäftigungsform sein können.

Antrag B-2: „Wir brauchen in Deutschland ein Arbeitsgesetzbuch“

Antragsteller: KV Ravensburg

Der Landesparteitag begrüßt, dass DIE LINKE. insbesondere mit ihrer Bundestagsfraktion gestaltend in die Arbeitsrechtsentwicklung eingreifen und zur Überwindung der angesichts einer Vielzahl von Einzelgesetzen und Urteilen völlig unübersichtlichen Kodifikation beitragen will.

Er unterstreicht die Bedeutung des Arbeitsrechts für die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und leitet aus der Wertung des geltenden Rechts einen politischen Auftrag zur Schaffung eines einheitlichen arbeitsrechtlichen Gesetzeswerkes als Projekt der LINKEN ab.

Antrag P-1: „Mit Energieressourcengeld zum Klimaschutz“

Antragsteller: KV Calw

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Landesverband BW im Rahmen der landesweiten Diskussion des Parteiprogramms, sich intensiv mit den verschiedenen Lösungsvorschlägen zur Senkung des jährlichen CO₂-Ausstoßes auf 2 t/Person befasst und dabei den Vorschlag der Einführung eines Energieressourcengeldes in die Diskussion einbezieht, weil dieses System am ehesten dazu geeignet ist, den CO₂-Ausstoß im erforderlichen Umfang und unter Wahrung der sozialen Gerechtigkeit zu senken.